

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Gravenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 1.50, pro Woche 50 Pf. Postzusatz 10 Pf. 7002.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Subskriptionsgebühren: Berlin für die Stadt 1.00, Provinz 1.20, Ausland 1.50. Bestellungen an die Expedition, Neue Gravenstr. 5/6, Berlin.

Telephon Nr. 461.

Telephon Nr. 461.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 85.

Montag, den 11. Februar 1901.

12. Jahrgang.

## An das werktätige Volk!

Unter Führung des Junkertums, der rücksichtslossten Schicht des Volkes, ist es den Agrariern gelungen, die Mehrheit der deutschen Regierungen für eine wesentliche Erhöhung der Getreidezölle zu gewinnen. Bei dem bevorstehenden Abschluß der Handelsverträge sollen sehr erhebliche Erhöhungen der Getreidezölle zur Geltung kommen, vorausgesetzt, daß die auswärtigen Staaten solche Erhöhungen nicht bieten lassen.

Im Zusammenhang mit der geplanten, sehr wesentlichen Erhöhung der Getreidezölle soll eine Erhöhung der Zölle auf alle übrigen Erzeugnisse der Landwirtschaft (Wolle, Lamm, Butter, Eier, Käse u. s. w.) herbeigeführt werden. Es selbst Produkte, die bisher von Zöllen noch befreit waren, z. B. Obst, Gemüse, Kartoffeln, sollen der agrarischen Gabel zum Opfer fallen und ebenfalls durch Zölle verteuert werden.

Eine Erhöhung der Zölle bewirkt aber eine entsprechende Erhöhung des Preises der betreffenden im Inland erzeugten Lebensmittel. Diese Preissteigerung ist der Zweck der Zölle.

Es handelt sich also um eine starke Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel für die großen Massen, die den Einzelnen um so härter trifft, je kleiner sein Einkommen und je größer die Kopfzahl seiner Familie ist.

Die von den Junkern und ihrer agrarischen Gefolgschaft verlangte Erhöhung des Getreidezolls treibt aber den Inlandspreis des Roggens weit über den im Jahre 1895 durch den Antrag Ratzsch verlangten Durchschnittspreis von 165 Mk. pro Tonne Roggen hinaus und macht für Viele, besonders bei ungünstigen Ernten, das Brot, das notwendigste Lebensmittel, zu einem unerträglichem Luxusartikel!

Den Hauptteil von dieser Plünderung der Arbeiterklasse und der kleinen Leute hat nur eine verhältnismäßig geringe Zahl großer Grundbesitzer, wohingegen der Vorteil der mittleren Grundbesitzer nur geringfügig ist, die kleinen Bauern aber nicht nur keinen Vorteil, sondern selbst Schaden haben.

Das Einkommen aus der erhöhten Verzollung der notwendigsten Lebensmittel wächst, je größer die landwirtschaftliche Fläche ist, die bewirtschaftet wird. Sie bringt den Großgrundbesitzern pro Kopf viele Tausende und selbst Zehntausende Mark im Jahre ein.

Im Jahre 1895 erklärte der deutsche Kaiser gegen den Antrag Ratzsch: „Man kann mir nicht zumuten, Brotwucher zu treiben,“ und jetzt erklärt der erste Beamte des preussischen Staats und des Deutschen Reiches, der Reichsminister Graf von Bülow, im preussischen Abgeordnetenhaus unter dem Beifallssturm der Junker und Junkeranhänger: Die preussische Regierung werde für eine ausreichende Erhöhung der Getreidezölle eintreten.

Wo bleibt da die Konsequenz? Wo bleibt die so oft berufene Fürsorge für die arbeitenden Klassen?

Den Lebensmittelwucher gesetzlich zu sanktionieren und zu organisieren, ihm die Masse des Volkes tributpflichtig zu machen, soll nach Absicht der Junker und Junkeranhänger fortan eine der hauptsächlichsten Aufgaben des Staates sein — derselben Junker und Junkeranhänger die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie selbst trifft, als eine Verherrlichung ihrer Existenz und selbst im Ueberfluß leben können.

Was wird aber die weitere Folge sein, wenn solche Bestrebungen zum Siege gelangen?

Die unvermeidliche Verteuerung der Lebensmittel durch die Zölle bedeutet nicht die einzige Gefahr. Bei der Einführung höherer Lebensmittelzölle können nur ungünstige Handelsverträge abgeschlossen werden; Handel und Industrie würden unter diesen ungünstigen Verträgen oder gar bei dem Eintritt von Zollkriegen auf's Schwerste leiden; Hunderttausende von Familien liefen Gefahr, erwerbs- und brotlos zu werden; auf alle Fälle aber würde die gesamte werktätige Bevölkerung eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebenslage, und sie würde in dieser Zeit der hereinbrechenden Krise, des Kohlenwuchers und der Wohnungsnot mit doppelten Nöthen gepeinigt.

Der Brot- und Lebensmittelwucher hat, so lange es noch leidende Menschen giebt, alle Zeit als eine der schlechtesten, und so lange es ein Christentum giebt, als eine der unchristlichsten Handlungen gezollt.

Und für diesen Lebensmittelwucher treten dieselben Leute ein, die dem Volke beständig empfehlen, zu beten: Unser täglich Brot gib uns heute.

Mit der Erhöhung der Lebensmittelzölle ist aber auch ein politischer Zweck verbunden. Das Junkertum soll als herrschende Klasse erhalten bleiben, dieses Junkertum, das alle Zeit unfähig war, aus eigener Kraft zu existieren, das aber seit Jahrhunderten an der Staatsspitze sitzt und alle Zeit die fettesten Posten in Armee- und Staatsverwaltung in seinen Händen hatte. Der Zusammenbruch dieses Junkertums würde einen Triumph des werktätigen Volkes bedeuten, und der soll um jeden Preis verhindert werden.

Männer und Frauen des werktätigen Volkes! Öffnet die Augen, erkennet die Gefahr und wehrt Euch. Gehet in die Versammlungen, zu denen Ihr berufen werdet, agitirt in Fabriken und Werkstätten, kämpft auf jede Weise gegen die Euch drohende schwere Schädigung Eurer Existenz!

Die später an Euch gelangenden, dem Reichstage einzubringenden Protestresolutionen müssen Millionen Unterschriften erhalten, insbesondere auch die der Frauen, die als Verwaltungsrinnen des Hauswesens jede weitere Verteuerung der Lebensmittel am schmerzhaftesten empfinden. Nur wenn Ihr millionenfällig Eure Stimmen erhebt, könnt Ihr das geplante Attentat verhindern.

**Nieder mit dem Brot- und Lebensmittelwucher!**  
**Nieder mit der Junker- und Agrarierherrschaft!**  
**Auf zur That!**

Berlin, den 9. Februar 1901.

## Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages.

### Politische Abersicht.

Das Volk beginnt sich zu rühren gegenüber den Versuchen des Junkertums, ohne viel Umstände ein großes Kuppen zu veranstalten. Protest-Versammlungen gegen die Erhöhung der Getreidezölle haben dieser Tage wieder in vielen Orten stattgefunden. Im Wahlkreis Jullich a. S. wie in Schwebus wurden drei stark besuchte Versammlungen abgehalten, in denen einstimmig eine Resolution gegen eine Erhöhung der Kornzölle gefaßt und Regierung und Reichstag ersucht wurden, die bewährte Politik der Handelsverträge fortzuführen. Etwa 400—500 Landleute sind in jenen Versammlungen zugegen gewesen.

Zu unseren bisherigen Nachrichten über Protestkundgebungen können wir heute einige weitere hinzufügen. Eine Resolution gegen die Erhöhung der Kornzölle haben die Stadtverordneten in Spandau angenommen. Sie beschloßen mit allen gegen drei Stimmen, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit der Stadtverordneten-Versammlung eine Petition an den Reichstag zu richten gegen die Verteuerung menschenbedürftiger Volksernährungsmitel durch Zölle, insbesondere gegen die Erhöhung der bestehenden Getreidezölle.

Gegen eine Zollerhöhung auf Getreide hat sich der Stadtrath in Pirmasens ausgesprochen.

In der Braunschweiger Stadtverordneten-Versammlung ist von sozialdemokratischer Seite ein Protest gegen die Kornzollerhöhung beantragt worden. Der Vorsitzende des Kollegiums bestritt zunächst die Kompensierung der Staatserlöse, mußte aber dann den genügen unterstützten Antrag zulassen, der einer Kommission zur Berathung überwiesen wurde.

In Berlin und den Vororten finden am Mittwoch Abend 26 große Volks-Versammlungen statt, in denen die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die Vorträge halten werden.

Die Handelskammer in Kassel hat sich für die Aufrechterhaltung der bisherigen Handelsvertragspolitik und gegen eine Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle erklärt.

Edward Bernstein ist zurückgekehrt. Aus der Verbannung von zwei Jahren ist Edward Bernstein nach Deutschland, nach Berlin demgekehrt. Er kehrt die Heimat wieder, in der er in den 70er Jahren als Jüngling Sozialdemokrat wurde und die ersten Dienste der Partei leistete, aus der er hinausging, um zunächst in die Schweiz, sodann, von dort vertrieben, in London als Redakteur des „Sozialdemokrat“ einer der Führer der Partei durch ihre schwersten Zeiten zu sein.

Da Bernstein zu uns nach Deutschland zurückgekehrt, ist er des herzlichsten Willkommens sicher. Die deutschen Arbeiter bezaubern aufs fruehdigste den treuen Waffengefährten, von dem sie wissen, daß, wie während des Exils, so auch in dem nunmehr ermöglichten engeren und persönlichen Zusammenwirken mit der deutschen Partei, sein Wollen und sein Wissen nur ihnen gehört.

Sirenenklänge. Das Zentrum will die Kornzölle zu Gunsten der Arbeiter verwenden. Wir bitten ernst zu bleiben. Der neugewählte Reichstagsabgeordnete für Aachen, Lehrer Stuard, hat zu seinen Wählern gesagt:

In Namen der Zentrumspartei kann ich Ihnen erklären, daß die Erhöhung der Getreidezölle nicht nur ein Verbrechen gegen den Staat, sondern auch ein Verbrechen gegen die Arbeiter ist.

Schaffung einer Witwen- und Waisenernährung für unsere Arbeiter verwirklicht werden sollen. Ich gebe diese Erklärung ab, nachdem ich mit mehreren Führern meiner Fraktion über diesen Punkt eine längere Auseinandersetzung hatte.

Run sage noch Einer, das Zentrum sei nicht volkfreundlich! Erst nimmt man den Arbeitern das Geld schaffelweise, und dann soll es ihnen nach Abzug der Erhebungs- und Verwaltungskosten und nachdem sich die Agrarier glücklich daran gethan haben, theilhaftig wieder zukommen. Für wie dumm muß man im Zentrum die deutschen Arbeiter halten!

Beamten- und Soldaten-Unfallversicherung. Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes für Beamte und Soldaten des Reiches vorgelegt.

Das kaiserliche Ministerium hat die Staatsanwaltschaft angewiesen, den Bauunfällen, die eine Verletzung oder Tötung von Personen zur Folge haben, sofort nach erfolgter Anzeige eine größere Aufmerksamkeit zu widmen durch photographische Aufnahmen u. s. w. Auch sollen die Baubehörden von anderen Umständen dieser Art Nachrichten treffen, daß wichtige Beweismittel nicht durch die Unternehmer beseitigt werden können.

Der gesammte Goldvorrath der Welt ist nach dem Jahresbericht des amerikanischen Finanzministers am Anfang des Jahres 1900 mit 11600 Millionen Dollars (also ungefähr 60 Milliarden Mark) ermittelt worden. Davon war wenig mehr als ein Viertel ungedeckt.

Wann werden die Wasserzinsen für die „Volkswacht“? Die „Volkswacht“ hat bekanntlich am 26. Oktober eine Zuschrift Theodor Wismanns, des Ehrenpräsidenten des Fortbundes, über seine Stellung zur Arbeiterzeitung veröffentlicht. In einer neuerlichen Zuschrift wendet sich jetzt Wismann gegen Kooeren, der ihn als „Sinnungslos“ bezeichnet. Er schreibt: Ich will die Frage selbst nicht weiter erörtern, nur kurz bemerken, daß die Differenz zwischen den Wasserzinsen für die Arbeiterzeitung und die Wasserzinsen für die „Volkswacht“ nicht bloß für die Arbeiterzeitung, sondern auch für die „Volkswacht“ ist.

Ausland.

Die Wahl des Präsidiums des Österreichischen Reichsrates hat insofern Erfolg gehabt, als man sich un-

Ungarische Beamtenwirtschaft. Bei der Schlußhand-

Eine kleine Erbschaft. Ein Herr hat den Heben Gerichte-

Die Gefangenahme einer englischen Ab-

Die Fest in Capstadt. Daily Mail meldet aus Cap-

gekommen sind, doch glaube man nicht, daß es sich um ein

Nach einem Telegramm aus Pretoria vom Mittwoch

Der Krieg in China.

Vom Friedensverhandeln und vom

In Zusammenhang mit dem auf die Deutschen dort verübten

Ein der Häubler bescheidener Bischof. Die Pariser

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung. Sonnabend, den 9. Februar 1901.

Das Weingesetz

Abg. Dr. Wölke (Bund d. Landw.): Das vorliegende Gesetz

Abg. Ehrhart (Sag.): Von diesem neuen Gesetzentwurf

Abg. Wintermeyer (rad. Sp.): Mit der Deklaration des

Das Weingesetz. Die Kontrolle der Weinsteuer sein würde.

Abg. Weinhardt (natlib.): Vor dem Gespenst der Weinsteuer

Abg. Schäfer (Centr.): Die Kontrolle muß im Interesse der

Abg. Schreyer (Sag.): Es wird eine förmliche Klage

Abg. Freiler von Scheele (Wesf.): Die Reklamation

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Befälligung

Zu einer noch ausgedehnteren Reklamation wäre ein un-

Abg. Schr. Hehl zu Hermsheim (Mit.): Im Interesse der

Abg. Lurz (Centr.) hält den Bericht hinsichtlich der

Abg. Dr. Schmidt-Mann (Centr.): Da das Verbot des

Abg. Freilich (Sag.) verlangt, daß der Wein wieder unter

Abg. Hiesendorf (Centr.) begrüßt das Verbot des

Abg. Dr. Wölke-Katzenlauren (Bd. d. Landw.): Der Bund

Damit schließt die Diskussion. — Die Vorlage wird an die

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Preussischer Landtag.

Berlin, den 9. Februar 1901.

Im Abgeordnetenhaus gab es heute noch einmal eine

Gottbegnadet.

Roman von Konrad Zeimann.

Er verbrachte jetzt lange Stunden hintereinander am Klavier,

Frau Lydia war sehr gealtert. Sie litt stark an unregelmäßigen

Augen war etwas, wobei es Frau Marcella manchmal bangte.

Die ersten Tage gingen sehr glücklich vorüber. Man machte

Darüber war sie sehr glücklich. Sie hatte dieselbe bei

Frau Lydia war sehr gealtert. Sie litt stark an unregelmäßigen

opferwillig sei. Er überlegte sich sogar, ob er sich auch nichts damit

Frau von Sennfeld begriff das. Sie fühlte zu ihrer eigenen

Und im Grunde: was war das für eine Gräfin, die er hier

Das war im Grunde etwas von einer Pascha-Natur in ihm,

Das war im Grunde etwas von einer Pascha-Natur in ihm,

sonst angehört und vielfach von Seiten der Zustimmung auf der Bank, von lauten Reden des Wahlfalles auf der Rechten unterbrochen. Auch die schwächliche Haltung der Nationalliberalen und das ganz wertwürdige Auftreten des sonst so für die konstitutionelle Partei begeisterten Zentrumsschlechte der freisinnige Redner in das rechte Licht. In sehr viel ger Weise rechnete er mit dem konservativen Abgeordneten Jäger ab, der dem Justizminister und seiner Verfassungsauslegung gestern mit recht wichtigen Gründen zu Hilfe geeilt war. Herr Scharfstedt erwiderte so höflich und lebenswürdig wie er noch keinem Redner der Linken erwidert hat. Er hob hervor, daß er zum ersten Mal in seiner glänzenden Amtszeitigkeit von dem Abgeordneten Richter angegriffen worden sei und schaute sich offenbar, dem Konflikt mit Herrn Richter zu verhängen. So antwortete er nur auf ein paar vom Abgeordneten Richter angeführte Einzelfälle, aber nicht auf den prinzipiellen Kernpunkt, die Verfassungstrage, fast vollständig. Von dem konservativen und Freisinnigen wurde nun ein Antrag „Jäger“ von Redlich“ eingebracht, der allgemein die Zustimmung zu dem vom Minister entwickelten Grundsatzen ausdriickte. Auf Anregung des nationalliberalen Abgeordneten von Synern wurden dann diese Grundsatze des Ministers in dem Antrag speziell formuliert. Der Antrag sprach darin zu dem vom Justizminister vorgelegten Grundsatze, daß bei Ernennung von Notaren auf das Bedürfnis der christlichen Bevölkerung in angereicherter Weise Rücksicht genommen werden solle, seine Zustimmung aus. Von freisinniger Seite wurde ein Gegenantrag als Gegenarbeit. Der Abgeordnete Dr. Barth beantragte, das Haus wolle die Erwartung aussprechen, daß bei der Ernennung von Notaren das Gesamtinteresse der Bevölkerung nach Maßgabe der Bestimmungen der Artikel 4 und 12 der Verfassungslösung zur Geltung komme.

Das Zentrum erklärte sich, wie es nach den Reden des Herrn Richter nicht weiter zu verwundern war, mit dem konservativen Antrag einverstanden, und auch Herr Dr. Sattler gab ihm den national liberalen Segen unter dem Vorbehalt, daß er keinen Parteifreund nicht gerade besonders sympathisch ist.

Der Antrag nach längerer Debatte der Schluss herbeigeführt werden sollte, führte die Rechte gegen die Linke noch einen kleinen Kampf aus. Die Herren Jäger und v. Redlich beantragten ein Amendement zum Antrag Barth, das diesen in sein Gegenteil verkehrte und der Präsident v. Kroschke erklärte das für zulässig. Auf Grund des Amendements wurden nämlich in den Antrag Barth nach dem Worte „Notare“ die Worte „wie bisher“ eingeschaltet. Da diese das bisherige Verhalten des Ministers billigen Worte den Sinn des Antrags Barth, wie gesagt, ins Gegenteil verkehrten, während die freisinnigen schließlich gewonnen, gegen den so veränderten eigenen Antrag zu stimmen. Der schließliche Bescheid lautet: Antrag Barth genehmigt, Antrag wie der oben erwähnte Antrag Jäger v. Redlich wurden mit allen gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien angenommen.

Zwischendurch ging eine Konzeptsache. Der Abg. Werner, der im Reichstag sehr großsprecherisch aufgetreten war, und an sein Auftreten im Landtag gewaltige Erwartungen geknüpft hatte, enttäuschte diese Erwartungen. Er vertrat die Sache mit einer antipathischen Rede, die nur wenige Zuhörer gegen den Ministerialbescheid zu Gunsten des Reichstags hatte. Herr Zimmermann ist gegen einen antipathischen Bescheid gegen den Reichstag hat in einer Rede nicht hausieren lassen und Herr Dehnbach ist ins Theater gegangen — das war das ganze antipathische Geschäft, das Herr Werner aufzuführen konnte. Herr Scharfstedt war es wirklich Licht gemacht, seine Beantwortung gegen den Reichstag hat in der Sache zu nehmen. Er stellte die Sache in den Mittelpunkt, daß die Untersuchung ergeben habe, daß von den Reichstag Mitgliedern sowohl der Jude Levy wie der Christ Hoffmann am Werke nicht beteiligt seien.

**Partei-Angelegenheiten.**

Zum Streit in Leipzig. Ufere Besprechungen haben sich bestätigt, der Leipziger Streit ist noch nicht beigegeben worden. Eine Durchdringung der Verhandlung der Sperre über das Bistum.

Neues Parteiblatt. Die Genossen im Kreise der Leipziger Arbeiter haben am 1. Januar 1901 ein neues Parteiblatt in Leipzig herausgegeben. Der „Wahrheitsfreund“, ein wöchentlich monatlich erscheinendes Organ. Von Mal ab geben man das Blatt zweimal im Monat herauszugeben, oder, wenn die geplante Blattgründung in Böhmen zu Stande kommt (Veröffentlichung des „Wahrheitsfreund“ in Böhmen), die jetzt als Kopialblätter der „Wahrheitsfreund“ gedruckt werden, zu einem vollständigen Organ, dann soll der „Wahrheitsfreund“ aus dem Text dieses Blattes als Wochenorgan erscheinen. Das Unternehmen prospectiert sehr gut.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Mühlberg in Kopenhagen ist gestorben. Sein Begräbnis hat am Sonntag, wie wir der „Schlesisch-Polnische Volksfreund“ entnehmen, unter vielfacher Beteiligung stattgefunden. Am Grabe sprach ein Geistlicher, der

**Aus aller Welt.**

Die „Schnauze“ des Soldaten. Ein kleines Abenteuer führte vor einiger Zeit die Schloßmüllersfrau Marie und die Tischlermeisterfrau Knipp aus Spandau vor das dortige Schöffengericht. Beide waren mit ihren Gemännern an einem Sommertage auf einer Wiese die Hühner entlasten geblieben. Als sie an der Militärstraße mannschaft vorüber kamen, hörten sie, daß darin ein Mann dieselben gurgelnden Töne ausstieß wie dies ein Ertrinkender thut. Gleichzeitig hörten sie aber auch, daß ein Offizier, der auf der Brücke stand, den anderen Soldaten zuzief: „Nun laßt ihn nun raus, sonst laßt er uns noch die gong-havel aus!“ Die Schnauze hat er schon voll, schließlich kriegt er auch noch die Kalbaune voll!“ Die beiden Frauen machten ihrer Entrüstung in den Worten Luft. „Das will ich nicht, der Offizier hätte diese Äußerung und ich die mehrere Mann, die nur mit Hühnerhufen beledet waren, der Wunde nach, in welcher der Angeklagte saß, und ließ sie feststellen. Das Regiment stellte wegen Verleumdung des Schöffengericht in Spandau aber freigesprochen. Es war dabei festgestellt worden, daß der betreffende Soldat dem Ertrinken nahe gewesen war. Als er aus dem Wasser herausgenommen wurde, schien er leblos zu sein; es mußten Wiederbelebungversuche angestellt werden. Der Mann mußte genesen, in dem eingehüllt und so allmählich wieder auf die Beine gebracht werden. Gegen das freisprechende Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In der Verhandlung vor der Strafkammer gab der Offizier zu, das Wort „Schnauze“ gebraucht zu haben, doch bestritt er das Wort „Kalbaune“ ausgesprochen zu haben. Ein Unteroffizier, der als Zeuge vernommen wurde, gab an, der betreffende Soldat sei stets für einen Soldaten gehalten worden. Der Verteidiger frag nunmehr den Jünger: Wissen Sie nicht, daß der betreffende Soldat sehr schwach ist? Jünger: Ja. Beib.: Wissen Sie auch, daß der Soldat beim Pontonieren sehr oft zusammengebrochen ist? Jünger: Ja! Beib.: Wissen Sie auch, daß der Soldat seine Schwäche nicht zum Bureauclerk verwandelt wird? Jünger: Ja! Im Übrigen blieb aber der Zeuge dabei, daß der Soldat trotzdem ein Soldat sei. Daß er besten Schwäche bzw. Dienstunfähigkeit zur Zeit des Inkriminieren Vorfalls bereits gekannt habe, verneinte er. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß es nicht als ein Verleumdung mangel der Bildung aufzufassen sei, wenn ein Offizier das Wort „Schnauze“ gebrauchte. Im Mittelstand könnte nicht jedes Wort auf die Waagschale gelegt werden. Jedemfalls sei es aber für einen Offizier beleidigend, wenn deshalb seine Bildung in Zweifel gezogen werde. Das Urteil lautete daher gegen die beiden Frauen auf je fünf Mark Geldstrafe.

es als sehr richtig anerkannte, daß im Programm der Partei geschrieben steht: „Religion ist Privatangelegenheit.“ Eine sozialdemokratische Versammlung in Mandelstrop stellte dem Genossen Simonen als Randboten für den Reichstagswahlkreis auf.

**lokales und Provinziales.**

Breslau, den 10. Februar 1901.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer am Donnerstag, den 14. Februar stattfindenden Sitzung zunächst noch einige Reste von der alten Tagesordnung aufgearbeitet. Zu diesen gehören die vielleicht eine größere Debatte verursachenden Magistratsvorlagen, betreffend die Kosten der Breslauer Handwerkskammer und die beantragte Abnahme von der Vernehmung der Stadtverordnetenversammlung bei Besetzung von Unterbeamtenstellen. Von den neuen Vorlagen stellt der Antrag, betreffend Beratung einer Petition gegen die Lebensmittelpreise wohl den Höhepunkt der Tagesordnung überhaupt vor. Er ist von 34 Stadtverordneten unterzeichnet, darunter auch von zwei Mitgliedern der konservativ-liberalen Freien Vereinigung. Begründet wird der Antrag vom Stadtverordneten Kaufmann Magdan.

Von den anderen Vorlagen kennen wir hier zunächst das Gutachten des Ausschusses V über den Bau der neuen Knabenmittelschule. Der Ausschuss will 25,000 Mark von den Baukosten durch sparsamere Ausführung des Baues einbringen, weiter aber fordert der Ausschuss die größtmögliche Beschleunigung des Baues und schließt vor, die Ausführung des Baues in Generalentreprise in öffentlicher Submision zu vergeben. Einige Bauarbeiten, Lieferungsarbeiten für städtische Bureaus etc. Ausschussgutachten über Flüchtlingsstellen, Statersklärungen und Anstellung von Unterbeamten füllen den Rest der Tagesordnung aus.

Die arbeiterfeindliche und katholische „Schlesische Volkszeitung“ molirt sich andauernd über die geplante Rundgebung der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung gegen den Brotwucher. Sie findet es „lächerlich“, daß die Stadtverordneten auch im Interesse des Mittelstandes und der Beamtenklasse zu handeln glauben. Das hiesige Zentrumblatt verfährt über so viel — Lebenswichtigkeit, daß es nächstens diesen beiden Gesellschaftsklassen als neueste Wahrheit auftritt, sie bekämen ihr Brot nach der Rollerhöhung noch billiger, als vorher.

Es ist überaus wünschenswert, daß das arbeiter- und volksfeindliche Gebahren der Zentrumspartei auch in Schlesien weit und breit bekannt wird. Vor wenigen Tagen erst brachte das schlesische Blatt eine Abhandlung über die Arbeitslosigkeit in Baden, die mit der glühenden Bemerkung schloß, daß man an den Karnevalsfeiern der Arbeiter nichts von den schlechten Zeiten spüre. An den Kirchweihfesten der katholischen Bauern in Bayern merkt man zwar auch nichts von der Noth der Landwirtschaft, aber das ist den Volksfeinden im Zentrum unbekannt. Nur den Arbeiter herabwürdigend, der sich einmal ein kleines Vergnügen gönnt, das ist die Aufgabe dieser Leute. Kommt uns nur mit Eurer Arbeiterfreundlichkeit.

Auf Grund des neuen Wahlgesetzes hat sich der Magistrat in Biegnitz über das Wahlverfahrensprinzip bei Bildung der Wählerabteilungen entschieden, derart, daß auf die erste Wählerabteilung 1/2, auf die zweite 1/3 und auf die dritte 1/6 der Gesamtsumme der von den Wählern zu entrichtenden Staats-, Gemeinde- und Provinzialsteuern entfallen, eine höhere Abtheilung aber nicht mehr Wähler zählen darf als eine niedere. Zur Zustimmung für diesen Antrag ist eine Zweidrittel-Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung erforderlich.

Für die „Michael Kramer“-Ausführung in der Volksvorstellung am 17. Februar sind noch einige Billets in der „Weltwacht“-Expedition zu haben. Für die Wiederholung des Stückes am darauffolgenden Sonntag werden die Billets heute Montag Abend in den „drei Tauben“ von

Dem Richter entrückt ist der Hinlang erliche Gensdarm, welcher am 8. d. M. das Aulichen erregende Verdacht gegen ein junges Mädchen und den Schugmann S. einer begang. Es kommt, der im Karleuhause Friedrichs schon lange mit dem Tode rang, ist Freitag früh, in Folge des Schusses in die Schläfe, den er sich selbst beigebracht hatte, verstorben. Dem Schugmann Schneider, welcher nahe daran war, als Opfer seines Dienstes den Tod zu erleiden, geht es andauernd besser.

Das Kreisgericht der 33. Division in Metz hat in nichtöffentlicher Verhandlung den Oberstleutnant Rager vom 17ten Infanterie-Regiment in Mörchingen wegen Ermordung des Hauptmanns Adams dessen Regimentes zu 12 Jahren Zuchthaus und Ausschließung aus dem Heere verurtheilt. Es handelt sich um den bekannten Vorfall am Abend des Lafergurduristgeschehens.

Sechs Häuser eingeschert. Gestern Nachmittags kam in Gabel (Lodowen) in einem Haus in der Banegasse ein Feuer zum Ausbruch, das in Folge des herrschenden Windes und Wassermangels nicht lokalisiert werden konnte, so daß auch 6 Nachbarhäuser vom Feuer ergriffen und eingeschert wurden.

Unter den Rädlingen der Staatsgewerkschaft in Bielefeld in Frankreich broch gestern ein Meuterei aus. Die jungen Leute verbarrikadeten sich in ihren Schlafstätten und vertheidigten die Starckungsgeheände. Der Schuld rektor mußte zur Herbeiführung der Ruhe Gensdarmrie herbeisenden lassen. — Die Seidenweber in Hagelbronn (Norddepartement) haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Pest herrscht wieder in ganz Indien, ausgenommen in den südlichen Provinzen. In Bengol haben während der 2500 Menschen, in Bombay selbst erliegen 94 v. H. aller Pestfälle. Verschiedene Europäer sind von der Seuche befallen. Es fehlt an Arzneien, die noch immer in den Hungers- und Cholera-gegenden verbreitet sind.

Das Ende der farraginenen Generalsbrunn in Taha. Der Brand im Nappia oder der Nappia-Schwärzener-Gebäude ist erloschen. Beim Häuser und fünf Lagermagazine mit 35 Millionen Bud Nappia und Nappiarehen gefüllt, sind verbrannt. Der Schaden wird auf mehr als 6 Millionen Mark geschätzt. Neun dröhnte Leichen wurden aufgefunden. 160 Personen erlitten Brandwunden, von denen sechs bereits gestorben sind. Bei 41 Personen sind die Brandwunden schwerer Art. Mit der Aufklärung der Umstände ist bereits begonnen worden, unter ihnen waren viele Opfer der Katastrophe befallen. Auch eine Anzahl Menschen, die dem Brande zuhause, sind unversehrt. Die Zahl derselben ist unbestimmt, doch werden noch 100 Personen bemittelt. Die Gesellschaft hat ein Komitee eingesetzt, das die Resultate an dem Tag und Gegenstand registriert und die Odradiosen unterrichtet. Für letztere ist eine förmliche Hülfleistung in die Wege geleitet.

7 1/2 Uhr ab ausgegeben. Die Genossen werden gebeten, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen, da die Nachfrage eine sehr große ist.

Differenzen sind, wie uns vom Metallarbeiter-Verhandlungsbureau mitgeteilt wird, in der Metallwarenfabrik von Pritschow u. Köpfer in Leipzig ausgebrochen. Es waren Lohnreduktionen um 10 Pf. pro Stunde vorgenommen, weshalb am Sonnabend sämtliche Arbeiter die Arbeit niederlegten. Die Metallarbeiter werden ersucht, ihre Kollegen in Leipzig entsprechend zu unterstützen.

Die dienliche Ausschreibung eines Landwärters. Jäger wider haben sich die Berichte mit Ausschreibungen von Schulmeistern oder Landwärtlern zu beschäftigen. Das Kriegsgericht der 11. Division in Breslau hatte in seiner letzten Sitzung auch über eine solche Ausschreibung der Dienstgewalt des Fußgängerbarren Karl Seibt in Kolonie Sumpen-Sowonow in Oberschlesien zu verhandeln. Der Hüter der öffentlichen Ordnung war angeklagt, den Arbeiter Wilhelm Kalich aus Boranow, und zwar in Ausübung seines Dienstes, heimlich zu haben. Die Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt:

Am 29. Oktober v. J. hatte der Gen darm in Gemeinschaft mit einem Kollegen bei dem Arbeiter Johann Kullisch eine Hausdurchsuchung nach gestohlenen Hühnern vorgenommen. Der Hausbesitzer Johann Kullisch gab auf die Frage des einen Gen darmen, ob er das Holz anholte, zur Antwort, seine beiden Brüder hätten es erstanden. Man nahm jeder der beiden Gen darmen je einen der verdächtigsten Brüder zur Seite und verhörten sie. Der Angeklagte hielt dem Arbeiter Wilhelm Kullisch vor, er hätte Holz aus dem Forst geholt. Der Befragte, welcher der deutschen Sprache fast gar nicht mächtig ist, antwortete polnisch, was der Gen darm nicht verstehen konnte, und sprubelte dem Gen darm beim Sprechen ins Gesicht. Der Gen darm, darob entrüstet, versetzte den Polen an: „Sprich deutsch, und sprich mir nicht ins Gesicht, dreh Dich weg!“ Das konnte natürlich der Pole nicht verstehen und er antwortete wieder in seiner Muttersprache. Nun versetzte der Gen darm dem Polen eine kräftige Ohrspeise, so daß der Geschlagene weinend hinfiel und drei Tage Ohrenschmerzen hatte. Der Gen darm suchte die Sache so hinzustellen, daß er den Polen nur habe wegen dem Anspieken weggedreht (!) wollen, wobei dieser ausgefallen sei. Er habe ihn nicht misshandeln wollen. Der Staatsanwalt meinte, es sei für einen Beamten sehr schwer, mit den Polen auszukommen. Deshalb ersuchte er den Gerichtshof, mit der Sache umzugehen zu lassen und beantragte eine Geldstrafe von 20 Mk. Der Gerichtshof sah in der Uebertretung der Dienstgewalt des Gen darmen eine Körperverletzung. Allerdings sei der Beamte durch das polnische Antworten und Anspieken des Polen gereizt worden. Wegen Uebertretung des § 122 Militärstrafgesetzbuches wurde der Hüter der öffentlichen Ordnung zu einer Woche gelindem Arrest verurtheilt.

Eine Woche gelindem Arrest erscheint uns gerade nicht das richtige Mittel, derartige Ausschreibungen von Beamten für die Zukunft zu verhindern. Wenigstens dürfte die vielgepriesene „Abschreckungstheorie“ nicht ganz richtig angewandt sein. Wenn wir auch die Erregung des Gen darmen menschlich erklärlich — in Uebereinstimmung mit dem Kriegsgericht — finden, so sind wir doch der Ansicht, daß besonders bei den Verhältnissen in den doppel-sprachigen Gebieten auch die Beamten zur Beobachtung ihrer dienstlichen Befugnisse strengstens angehalten werden. Wir gestalten uns, gelinde Zweifel daran zu hegen, daß das in diesem Falle nachdrücklich geschehen sei.

Zehntausend schlesische Grubenarbeiter sollen sich nach einer Meldung des „Chartower Belfort“ bereit erklärt haben, in das russische Donetzassin auszuwandern. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß sich die ober-schlesischen Bergarbeiter bei diesem Wechsel sonderlich verschlechtern würden, aber die hohe Biffer von 10,000 läßt vermuten, daß es sich hier um eine Ente oder mindestens um eine Uebertriebung handelt.

Unfall. Am 8. d. Mts., Morgens, wurde auf der Univeritätsstraße ein Mann von Schreckkrämpfen befallen. In einem Krankenwagen wurde er dem Allerheiligenhospital gefahren.

Zerquetscht. Am 8. d. Mts., Morgens, geriet auf dem Oberhörs-Bahnhof der Reisende Paul Sproitz beim Zusammenstoßen von Waggons auf Gleis 16 zwischen die Puffer, wobei ihm der Kopf vollständig zerquetscht wurde.

Bermittelt. Der Kaufmann Richard Sauer, welcher Oranienstraße 18 gewohnt hat, wird seit dem 6. d. Mts. vermißt. Derselbe ist 34 Jahre alt, hat Schnur- und Rinnhart und ist mit hellgrauem Hut, schwarzem Ueberzieher, dunklem Anzug und weißer Weste bekleidet. — Bermittelt wird seit dem 7. d. Mts. das 18 Jahre alte Dienstmädchen Verity Winkler, welches bei einer Freiburgstraße 18 wohnenden Familie in Stellung war. Das Mädchen hatte sich entfernt, um Aufnahme im Allerheiligen-Hospital nachzusuchen, es ist daleiher aber nicht eingetroffen.

Der Rosenkranz. Am 7. d. Mts., Vormittags, fand sich eine Frau nebst einer kleinen Puppe ein und ließ sich von der Verkäuferin für 50 Pf. Wollwaren beschaffen. Nachdem sie diese erhalten hatte, begann sie ein Gespräch und stellte die Behauptung auf, daß die Verkäuferin nebst dem Kleinen und zwei zur Verwendung eines aus mehreren Redatoren bestehenden Thees. Redach wußte sie ein ganz besonderes Mittel zur Vertreibung der Neugiertheit: die Synonyme. Sie nahm ein Rosenkranz hervor, legte diesen auf die Nase und ersuchte die Verkäuferin einige Silberstücke darauf zu legen. Das that diese und legte 4 Silberstücke auf den Rosenkranz. Und die Synonyme wirkte sofort. Zwar verschwand nicht das angebliche Arzeneimittel, dagegen war nach der Fremde mit dem Gelde betrogen. Die Verkäuferin war 20 bis 24 Jahre alt und war mit einem türkischen Tuch, rotfarbentem Händeltuche und schwarzem Schürze bekleidet.

Diebstähle. Von einem Wagen wurde auf der Gartenstraße ein Paket, enthaltend Bücher mit verschiedenen Konserven, entwendet. — Einem Obstdieb von der Reichstraße wurden aus seinem Lagerstall, dessen Vorriegelschloß der Dieb gewaltsam geöffnet hatte, 7 Körbe mit Äpfeln und eine neue grüne Lederkappe gestohlen. — Am 8. d. Mts., früh, wurde in einer Restauration auf der Stadtkasse einem zugereisten Fleischergehilfen ein grauer Leinwandrock gestohlen, welcher außer seinen auf dem Rücken Josef Stener lautenden Legitimationspapieren mehrere Schüsseln, Arbeitstücher, Messer und Hemd festsah. Der Diebstahl ist nun einem 35 bis 40 Jahre alten Manne verhaftet worden. Dieser hatte starken blonden Schnurrbart, wasserige Augen und war mit grauem Fuchtanze bekleidet. Der Dieb ist im Betrugsfalle dem nächsten Schugmann zu übergeben.

Kolobeschkische. In letzter Zeit wurde hierorts gestohlen: eine Zone mit Backutter, gezeichnet J. H. 135 Gewichte, eine Zone mit Naturbutter, gezeichnet Gletlich, und eine Kiste mit 18 Schuß Eisen. Alle Personen, die Auskunft über den Verbleib der Waaren magen können, werden aufgefordert, sich im Hauptquartier des Polizeipräsidenten zu melden. Eventuelle Kopien werden ertheilt.

Einbruch. Aus einer Wohnung auf der Pausengasse wurde mittels eines Schlüsselgehilfen die Wohnung gestohlen. — Einem Brauer wurde am 8. d. Mts. ein weißer Mantel, ein weißer Mantel und eine weiße Kravatte gestohlen.

